

Dresdner Volkszeitung

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kußstadt und Dresden-Alttadt

Redaktionspreis: einjährlich 150 Mark, halbjährlich 75 Mark, vierteljährlich 40 Mark, monatlich 14 Mark. Postgebühr 10 Mark. Einzelhefte 4 Mark. Druck- und Bindungskosten 10 Mark.

Nr. 60 | Dresden, Dienstag den 11. März 1924 | 35. Jahrg.

Das „Komödienspiel“ der Diktatoren

Die fiktischen Pläne der Hochverräter Rahr-Loffow auf Errichtung eines „Reichsdirektoriums“ — Hitler als „Verräter“ gebrandmarkt — weil sein zu frühes Losschlagen alles verbarb — Ermittlungsverfahren gegen Rahr-Loffow

General Loffow enthüllt
München, 10. März. (Eig. Drahtsch.)
Der Vernehmung Loffows ging voraus die Richtprüfung der Angaben des Angeklagten Wagner über den „Sitz-Geheimrat“ Oberl. In einer Art Rückbau auf das bisherige Vorgeschriebene stellt dann Rechtsanwalt Gademann fest, daß der Teilhaber des Hochverrats auch gegen die Herren Rahr, Loffow und Seiger vollständig erbracht sei und deshalb die Vernehmung dieser drei Herren als zeugen unmöglich sei.

Die könnten nur als Mittäter und Angeklagte hier erscheinen. Dieser Auffassung widerspricht der Rechtsanwalt Rader insofern, als die Angeklagten das größte Interesse am Zeugnisdienst dieser drei Herren hätten. Allerdings dürften sie nur unbeeidigt vernommen werden. Der Staatsanwalt widerspricht mit der Erklärung, die drei Herren sollen nicht als Zeugen gegen die Angeklagten auftreten, sondern um die Wahrheit ans Licht zu bringen.
Loffow erscheint hochtrauergerichtet. Allgemeine Spannung liegt über dem Verhandlungsraum. Loffow spricht unbeeidigt mit harter Kommandostimme zunächst über seine politische Einstellung: Im Sommer 1923 war ich von befreundeter Seite aus Norddeutschland wiederholt orientiert worden, daß man die Rettung der immer unmöglicher werdenden Verhältnisse ergoße von einem rechts eingestellten, rein nationalen Direktorium mit autoritativen Vollmachten, das unabhängig sein sollte von parteimantischen Einflüssen und Gemengen. Das Direktorium, nur aus vollkommen homogenen, einsetzlichen Männern bestehend, sollte nicht durch einen Putsch herbeigeführt werden, sondern auf Grund des Artikels 48 der Verfassung. Ich war mit der Idee des Direktoriums und dem Programm in jeder Beziehung einverstanden. Es stellte sich alsbald die vollkommene Übereinstimmung in der Auffassung zwischen Rahr, Seiger und mir heraus. Der letzte, wenn noch nötige Druck zur Errichtung eines Direktoriums sollte abhängig gemacht werden von der Erfüllung der notwendigen Vorbedingungen. Auf diese Vorbedingungen, die mir an der Hand, habe ich in den Vorgesprächen, die ich geführt habe, immer wieder hingewiesen. Sie waren: 1. die geringsten Männer für das Direktorium, die Autoritäten in ihrem Fach sein mußten, mußten gebunden und willig sein, diese schwierigen Dinger zu übernehmen, 2. das Programm für dieses Direktorium mußte nicht nur in nebelhaften Umrissen bestehen, sondern gründlich durchgearbeitet sein, 3. mußten die Persönlichkeiten, die hierfür in Betracht kommen, die absolute Garantie haben, daß die Kräfte der Reichswehr und der Polizei geschlossen hinter dieses Direktorium stehen. So war unsere politische Einstellung, und für dieses Programm und seine baldige Ausführung setzten wir uns mit allem Nachdruck ein, im Verein mit der gesamten nationalen Bewegung in Bayern und in Norddeutschland. In dieser Richtung bewegten sich alle Vorgespräche, die Rahr, Seiger und ich mit vielen Leuten, die uns aus dem Norden besuchten, hatten.

Aus diesem Programm haben Leute das Schlagwort von dem „March nach Berlin“ gemacht. Dieses Schlagwort hatte für mich etwas Schändliches, aus ihm sprach Mangel an Urteil für das Erreichbare. Ich persönlich möchte hierzu zum Ausdruck bringen, daß ich heute noch der Ansicht bin, daß das Direktorium das Richtige für unser heutiges Deutschland ist. — Ich muß nun zu meinem Behauern einige Worte sprechen über den Konflikt zwischen der bayerischen und der Reichsregierung, der später unter dem Schlagwort

die Inpflichtnahme als Meuterei oder Rebellion zu bezeichnen. Die Division besteht nicht aus chinesischen Soldaten, die vom Reiche bezahlt werden, sie besteht aus bayerischen Bundeskindern, die ein Herz haben für ihr Heimatland. Berlin hat den verhängnisvollen Fehler gemacht, dafür nicht das genügende Verhängnis aufzubringen. Für mich war klar, daß sich, sobald dieser Konflikt gereinigt ist, das militärische Garanti an mir vollziehen würde.

Hitler lernte ich am 26. Januar 1922 kennen. Dann suchte mich Hitler in zwei Wellen auf; erste Welle Januar bis April, zweite Welle Oktober 1923. Die Initiative, wie ich hier betonte, ist stets von Hitler ausgegangen. Es war sein steter Wunsch, mich unter vier Augen zu sprechen; ich dagegen wünschte ihn nur im Gegenwart meines Generalstabsoberst, eines Jungen, zu hören. Hitler entwickelte sein bekanntes Programm: Kampf gegen den Marxismus und die Novemberverbrechen. Die suggestede Verhaftung Hitlers machte auf mich anfangs Eindruck. In diesen hat er zweifellos recht. Je öfter ich ihn aber hörte, desto mehr schwächte sich der Eindruck seiner Persönlichkeit ab. Wie für die aktivistischen Verbände, so galt auch für Hitler das bekannte Wort: „Und der König absolut!“ Tat man Hitler seinen Willen, so war alles gut. Konnte man das nicht, so war man eben unten durch. So kam der 1. Mai. Er war damals die Frage, wer ist

Herr im Staat, Hitler oder die Regierung?
Hitler unterlag und das Licht hat zwischen ihm und uns verabschiedet. Hitler hielt sich für den „deutschen Gambetta“, und seine Umgebung, die das Erbe von Hindenburg angetreten, hielt ihn für den deutschen Raskin. Es entstand in Hitler der Plan.

die Reichsdiktatur Hitler-Ludendorff zu errichten
und von München aus Deutschland zu lenken. Dieses Programm entwickelte er und suchte mich zu gewinnen. Wir haben immer wieder den Versuch gemacht, ihn auf den Boden der Wirklichkeit zurückzuführen, weil wir den Gedanken hatten, daß die Besetzung die wehende Kraft besch für die nationale Einstellung der Arbeiterklasse. Der Unterschied in der Auffassung zwischen Hitler und mir besteht darin: ich war für das Direktorium, Hitler für die Einsetzung der Reichsdiktatur Hitler-Ludendorff in Bayern. Die Darlegung, die Hitler in diesem Saal von seinen damaligen Vorgesprächen gegeben hat, ist zu einem recht großen Teile unrichtig.
Die Einstellung Hitlers war ungefähr folgende: Die fünf oder sechs Männer, die man brauchte, wird man nicht finden. In dem Sumpf in Norden, da gibt es niemand. Da hat er selber Gottes bis zu einem gewissen Grad recht gehabt. Man kann jetzt ganz ruhig zu regieren anfangen. Das Programm wird dann schon kommen. Die Reichswehr bringt der Kammer Ludendorff mit.

Die Generale, die stehen an ihren Krestruppen, die sind vielleicht nicht für Ludendorff. Vom Major abwärts aber ist alles für Ludendorff. Das wollte man unbedingt sicher. Ich habe das bekämpft, aber natürlich erfolglos. Auch General Ludendorff hat mir gegenüber einmal die gleiche Auffassung geäußert. Hitler war also der Ansicht, der geachtete Mann sei ja schon da, und zwar sei er das selbst. Hitler hat mir

gegenüber einmal erwähnt, und ebenso Ludendorff, ich könnte ja Reichswehrminister und Seiger Polizeiminister werden. Der Zweck dieser Mitteilung war mir klar. Man glaube, mit mir hätte man die 7. Division und mit Seiger die Landespolizei. Ich habe dieser Bemerkung keinerlei Bedeutung beigemessen und habe durch lächelnde Ablehnung meine Einstellung zu erkennen gegeben. Ich war ja in Amt und Stellung und denke nicht daran, mir a conto eines Putzches eine neue Stellung zu gewinnen.

Zu General Ludendorff hatte ich in den letzten Jahren, seit er hier in München wohnt, gesellschaftliche Beziehungen. Ende September war ein Herr aus Berlin bei mir, der den Plan des Direktoriums erörterte, und ich erfuhr von ihm, daß auch Ludendorff von diesem Plan wußte. Ich wollte darüber mit Ludendorff sprechen. Ludendorff hat damals diesen Plan des Direktoriums

als Patentlösung,
als die allein richtige, bezeichnet. Am 26. Oktober war bei Rahr die Unterredung mit Ludendorff und Rinow, die ausschließlich die Errichtung des Direktoriums behandelte. Rinow war auf diesen Plan eingeschlossen, während sich Ludendorff hier schon ab lehnen zeigte. Am 31. gab mir Ludendorff die mündliche Erklärung: „Wir wollen loyal gegeneinander sein und in gegenseitigem Einvernehmen arbeiten. Wenn ich nicht mehr mit Ihnen den gleichen Weg gehen kann, kündige ich Ihnen das Verhältnis an.“ In ähnlichem Sinne hatte sich bei einer darauffolgenden Unterredung Hitler ausgeprochen und mir und Seiger gegenüber betont, er werde gegen Reichswehr und Landespolizei niemals einen Putsch machen. In den ersten Novembertagen wurde aber die Lage deswegen so kritisch, weil jeder Verband fürchtete, ein anderer käme ihm zuvor in der Aktion. Aus diesen Befürchtungen heraus rief Rahr die Führer der Vaterländischen Verbände am 8. November zu sich, um ihnen darzumachen, daß er in der Richtung

des von uns angeführten Direktoriums
jedes eigenmächtige Vorgehen mißbillige und, wenn nötig, mit Gewalt dagegen ankämpfen werde. Rahr ließ keinen Zweifel darüber, und seine Worte waren absolut einträug, daß er jeden Putsch mit Gewalt niederhalten würde. (Auf Wunsch des Staatsanwalts werden die Details aus dieser Sitzung am 8. November für die nichtöffentliche Sitzung zurückgestellt.) Loffow kommt nun zu den Ereignissen im Bürgerbräueller. Seine Darstellung bringt zunächst nichts Neues. Erst von dem Augenblick an, als Hitler den Ueberfall machte, erzählt Loffow Einzelheiten, die kundgeben, daß er ebenso wie Rahr und Seiger unter der vorgehaltenen Fiktion Hitlers handeln mußte. Für mich stand vom ersten Auftreten Hitlers an fest, daß er mit der Absicht der Bildung einer neuen Reichsregierung, ganz gleich, welche Personen ihr angehören, die Aktion unternommen habe. — Besonders Interesse erregt die Schilderung Loffows über die berühmten Ereignisse im Nebenzimmer. Loffow behauptet, daß er im Wellel der Empörung und der tiefsten Verachtung über den Kruppelklub und hinterhältigen Ueberfall von Anfang an sich mit Rahr und Seiger durch Gehörden und Wienen verständigt habe, daß man unter dem Zwang der Lage genötigt sei.
Komödie zu spielen.
Bei der Besprechung im Nebenzimmer sind vier Abschnitte zu verzeichnen, die alle unter dem Druck der Pistole, der bereitgestellten

Reichstagswahlen am 11. Mai

Berlin, 11. März. (Eigener Bericht.) Am Montagabend hat der Reichskanzler dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller mitgeteilt, daß noch im Laufe dieser Woche der Reichstag aufgelöst werde und die Neuwahlen auf den 11. Mai festgesetzt sind. Diese Entscheidung der seit Wochen ängsterten Regierung ist herbeigeführt worden durch die Haltung der Sozialdemokratie, die von ihrem Rechte, die ordnungsmäßige parlamentarische Vertretung ihrer Anträge zu verlangen, nicht zurückgewichen ist.

die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses und der zur Ueberwachung der Regierung bestehenden Kommissionen, dessen Vorsitzender der Genosse Meerfeld, Köln, ist.

Ein Wandber über den Wahltag

Am Schluß der Montagsitzung des Reichstages suchten die Deutschnationalen wieder ein kleines Wandelber. Sie haben einen Antrag eingebracht, die Wahlen am 11. April stattfinden zu lassen und verlangten, daß dieser Antrag auf die Tagesordnung der Dienstagssitzung gebracht werde. Genosse Hermann Müller verwies darauf, daß dieser Antrag eine Verfassungsänderung bedeute, weil verfassungsmäßig der Wahltag ein Sonntag sein müsse. In der verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit werde es aber nicht kommen, weil die Sozialdemokratie an dem Sonntag als Wahltag festhalte. Wenn die Deutschnationalen wirklich so sehr auf den nahen Wahltermin drängten, möchten sie doch für den 13. April, den Palmsonntag, eintreten. Dazu sei die Sozialdemokratie jeden Augenblick bereit. Nun schauspielerischen die Deutschnationalen die frommen evangelischen Christen, die am Sonntag Palmsonntag aus religiösen Gründen nicht wählen dürfen. Kamenlich Herr Reiffersich spielte den Heiligen. Treffend rief ihnen unser alter Adolf Hoffmann zu. Leute, die jahrelang an allen hohen Festtagen Soldaten in den Tod geschickt hätten, sollen doch jetzt nicht so zimperlich sein. Aber auch der Führer der Bayerischen Volkspartei, der Domkapitular Reicht, trat der sozialdemokratischen Auffassung bei, daß am Palmsonntag gewählt werden könne. Es wurde abgelehnt, den deutschnationalen Antrag auf die Tagesordnung vom Dienstag zu setzen.
Auch sonst zeigte der Verlauf der Sitzung, insbesondere auch der Schauer von persönlichen Bemerkungen, daß die Bestimmung im Reichstag wächst, die Gegensätze zwischen den deutschnationalen Block und der Sozialdemokratie präzise aufeinander Kampf beherrschen.

„Der Fall Loffow“
Viel Böhm machte: In der Nacht des 27. September, nur wenige Stunden, nachdem in Bayern Rahr Generalstaatskommissar wurde, ist auch der Ausnahmezustand im Reich angeordnet worden. Dieses rasche Vorgehen hat mir schon damals den Eindruck einer Kleinlichen Eifersucht gemacht. Später habe ich gehört, daß für diesen Reichsausschließungsband schon längere Zeit Vorbereitungen getroffen waren. Schon am frühen Morgen des 27. September begann ein lebhaftes Telefonieren von Berlin: Loffow solle Rahr an die Hand drücken, Rahr muß sich ihm unterstellen, Verantwortung liege allein bei Loffow. Man drückte dauernd. Es war ein verhängnisvoller Fehler von Berlin, daß man damals diese rein politische Frage durch den heftigen Zwang der militärischen Kommandogewalt lösen wollte. Der Diktator, unter dem dies geschah, war der unter welchem ein Feldwebel mit einem Unteroffizier umgeht. Der Anwalt, diesen militärischen Zwang auszuüben, war das bekannte Verbot des bürgerlichen Beobachters. Ich wollte und konnte das nicht und habe daher nach Berlin gemeldet: Dieser Befehl ist unausführbar, die Versuche, die Sache politisch zu regeln, sind völlig mißlungen. Die Entscheidung lag übrigens in keinem Moment bei mir, sondern immer bei der Regierung. Ich war jederzeit bereit, zurückzutreten. Ich habe niemals in meinem Leben den Wunsch gehabt, mich politisch zu betätigen. Ich bin ausschließlich infolge der Verhältnisse und gegen meinen Willen öffentlich in den Vordergrund der Politik getrieben worden. Ich habe nie die Fort-Elektrier mitmachen wollen. Für mich war der sonstige Konflikt ein Paratium, dessen Ende ich von Tag zu Tag erwartete. Die bayerische Regierung hat mein Abgehen aber nicht zugelassen. Für sie war der Fall nur Rechtsfrage. Die Berliner Haltung war unheimlich kurzsichtig und unloyal. Die enthaltenen Aulagen sind bekannt, die bayerische Regierung hat bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und Reich die 7. Division in Aussicht genommen und meine Befassung im Amt verweigert. Diese Verpflichtung war keine Vereidigung. Ich betone ausdrücklich, daß diese Verpflichtung keine Aufhebung der bisherigen Verpflichtungen bedeutete. Es ist falsch und unbillig.

Schneiderei, Buchbinderei, Schreibwaren, etc.